SPD und wie hält sie es mit uns.

PDS-Konferenz "Demokratischer Sozialismus" am vergangenen Sonntag in Berlin

Auf steinigen Wegen zur Selbsterkenntnis

Von PETER KIRSCHEY

Wenn eine Oppositionspartei, und dazu eine von vielen Seiten attakkierte, eine für alle Kräfte des linken Spektrums offene Konferenz macht, dann ist weder hohe Wissenschaftlichkeit noch breite Übereinstimmung angepeilt. Und der Gegenstand "demokratischer Sozialismus" wirft die Frage auf, ob es in der Zeit, da unser Land in überstürzender und unbere-chenbarer Weise von der bun-desdeutschen Marktwirtschaft aufgesaugt und dies von der Mehrheit der Bürger getragen wird, überhaupt noch die Chance einer sozial gerechteren Alterna-

tive bleibt. Die PDS, die den Anspruch erhebt, für einen demokratischen Sozialismus einzutreten, muß sich dieser Problematik stellen, muß keine Rezepte, aber streitbare Überlegungen anbieten. Und das versuchte sie am vergangenen Wochenende.

Bitter nötig für viele in der Partei, die nach Antworten suchen, unumgänglich auch für all jene, die mehr mit der PDS zusammenarbeiten wollen, dabei aber einen Berg von Vorbehalten überwinden müssen. Folglich hielten sich auch wenige an den angeregten Fragenkatalog: Was ist in der DDR gescheitert und warum? Das Konzept des demokratischen Sozialismus im Spannungsfeld zwischen Vision und Realität. Die Politikfähigkeit der Idee des demokratischen Sozialismus. Mehrere Komplexe traten statt dessen in der Diskussion zutage, von denen einige genannt

Identitätsbestimmung der PDS

Was ist die PDS? Eine andere SED oder eine neue moderne sozialistische Partei, die fähig ist, Antwort zu geben auf elementare Fragen in einem geeinten Deutschland und Europa? Die PDS ist, so wurde deutlich, nicht mehr das eine und noch nicht das andere. Zu Recht verwies Parteivorsitzender Gregor Gysi auf den Prozeßcharakter bei den Veränderungen in der Partei, die nach Antworten sucht, mit der Vergangenheit lebt und sich ehrlich zu ihr bekennt. Sie versteht sich in der Überzeugung, daß der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte sein kann. Mit eigener Programmatik, völlig gewandelten Strukturen und sozialen Zusammensetzungen, einem neuen Demokratieverständnis hat sie Erneuerungsfähigkeit bewiesen, und es stimmt gedämpft optimistisch, daß dies von vielen jungen Leuten verstanden wird, die jetzt den Weg zur Partei finden. Wohl wissend, daß eine Zugehörigkeit zu dieser außerordentlich karriereabträglich ist.

PDS und soziale Marktwirtschaft

Das Scheitern des Realsozialismus, griff André Brie einen Gemer auf, hat den Kapitalismus nicht besser gemacht. Es hat keine der globalen Bedrohungen ausgeschaltet. Sozialisten dürfen sich nicht mit einer einseitigen Kapi-talismuskritik begnügen. Dies muß verbunden sein mit der Akzeptanz der dem modernen Kapitalismus eigenen fortschrittlichen Elemente. Doch die Marktwirtschaft, das brachten besonders zahlreiche Gäste aus der Bundesrepublik zum Ausdruck, so sozial sie sich auch darstellt, bedeutet immer Macht des ökono-Durchsetzungsfähigeren über den Schwächeren, also bringt immer wieder neue Ungerechtigkeit hervor. Und die Mehrheit der Menschen unter kapitalistischen Bedingungen lebt ohne jede Chance auf ein menschenwürdiges Dasein. Die Hauptverantwortung dafür trägt nicht der gescheiterte Kommandosozialismus. Will die Menschheit eine Überlebensperspektive haben, muß auch der Kapitalismus in Gestalt der modernen Industriegesellschaft sein Antlitz grundlegend wandeln. Hier sieht die PDS ihren unverzichtbaren Platz als eine von vielen demokratischen Bewegungen.

Die PDS und das Verhältnis zu linken und demokratischen Kräf-

Hier gab es die meisten Diskussionen. Besonders natürlich die Frage, wie halten wir es mit der

Meinungsspektrum reichte leidenschaftlichen Appellen - nicht nur alter, aus der Sozialdemokratie kommender PDS-Mitglieder - zur Zusammenarbeit mit SPD bis zu heftigen Reaktionen gegenüber jenen, die unter scheinheiligen Losungen nur die Vernichtung der PDS im Sinne haben. Dialog mit der SPD ja, das aber schließt deutliche Kritik nicht aus. Es gehört zu den Tragödien der linken Bewegung in Ost und West, daß sie es sich selbst so schwermacht, zu einem Konsens zu kommen, während sich die Kräfte des Kapitals recht schnell einig werden. Es gibt aber Zusammenrücken keine Alternative, die immer ernster werdende ökologische und soziale Lage der Mehrheit auf dem Erdball läßt einen anderen Weg nicht zu. Am einfachsten, so scheint es, wird ein Zusammenwirken mit linken christlichen Strömungen sein, denn Christen und Sozialisten hatten im Ringen um Gerechtigkeit, Fairneß und Moral schon immer viele Berührungspunkte. Jene Sprecher, die sich links von der PDS begreifen, ließen bei aller ehrlichen Absicht mit Rufen nach der prole-

PDS und Gleichstellung von Frau und Mann-

tarischen Revolution doch eine

gehörige Portion Realitätssinn

Muß sich eine Partei, die für demokratische Lösungen Menschheitsprobleme Gesellschaftsordnung aufzulösen. Daß dieses Thema in der Diskussion ausschließlich von weiblichen Gesprächspartnern aufgeworfen wurde, zeigt, daß auch in der PDS noch viel vom Althergebrachten abgetragen werden muß.

Es muß doch etwas bedeuten, wenn man uns so bekämpft, sagte Gregor Gysi in Anspielung auf die massiven Versuche, die sicherlich noch zunehmen werden. die PDS aus der Parteienlandschaft eines einigen Deutschland zu tilgen. Das hat, so meinte er, damit zu tun, daß der demokratische Sozialismus als Zielvorstellung durchaus noch einen gewissen Wert hat. Die PDS muß deshalb eine Kraft sein, die nach neuen Antworten mitsucht. Wenn man die DDR importiert, dann importiert man natürlich auch die PDS. Die Zeit scheint reif, daß für alle sichtbar in diese Richtung deutliche Schritte unter-

eintritt. nicht auch der wirklichen Gleichstellung der Geschlechter besonders zuwenden? Keine Frage. Eine neue Gesellschaftsstrategie ist nötig, um den Geschlechterwiderspruch in seiner gesellschaftlichen Dimension zu erfassen und im Interesse einer neuen

PDS in einem geeinten Deutsch-

Überhaupt müßten wir uns darüber verständigen, ob die ausländischen BürgerInnen Arbeitsplätze wegnehmen oder aber den Reichtum eines Landes vermehren. In der Regel sind sie sozusagen fertige Arbeitskräfte, die, ohne Kosten für den Staat verursacht zu haben, sofort für dieses Land Werte produzieren. Sie tun das zudem auch in solchen Bereichen, die von InländerInnen unbedingt bevorzugt werden.

UR SACHE

Arbeit knapp —

Ausländer raus?

Es ist keine Panikmacherei,

auch kein Pessimismus. Ich

schließe mich den Politiker-

Innen an, die mit einer rasan-

ten Steigerung der Arbeitslo-sigkeit in der DDR rechnen. Ich gehe auch jede Wette ein,

daß folgende Argumentation

großen Zuspruch finden wird:

"Wenn nicht mal für uns ge-

nug Arbeitsplätze da sind,

müssen die Ausländer raus!

Sie nehmen uns unsere Ar-beitsplätze weg!"

BürgerInnen wirklich den In-länderInnen ihre Arbeitsplätze

weg? In der DDR leben und

arbeiten ca. 180 000 ausländi-

sche BürgerInnen, davon ca.

100 000 direkt in der Produk-

tion Gehen sie weg, hätten

wir auf einmal 100 000 Ar-

beitsplätze. Diese Rechnung

würde aufgehen, wenn da

nicht einige Ungereimtheiten

Grundsätzlich ist auch eine

vietnamesische oder moçam-

biquische Arbeitskraft ein

Mensch. Es ist mit zivilisierter

Denkweise unvereinbar, wenn

man ausländische Arbeitskräf-

te ins Land holt, sie aber wie-

der rausschmeißt, sobald man

Die Rechnung geht auch strukturell nicht auf. Wenn

man die Struktur der auslän-

dischen Beschäftigten mit der

der momentanen und zu er-

wartenden Arbeitslosen ver-

gleicht, wird das klar. Trotz

aller Bereitschaft zur Mobilität und Umschulung wäre es gesellschaftlich nicht nützlich

und vertretbar, Fach- oder

HochschulabsolventInnen an

eine Textilmaschine zu stellen.

sie eventuell nicht

wären:

braucht.

Nehmen die ausländischen

Unter den Bedingungen des bisherigen Mangels an bestimmten Waren wurden die ausländischen BürgerInnen und TouristInnen leider auch als Mitverursacher dieser Defizite angesehen, weil sie angeblich alles wegkauften. Abgesehen davon, daß dies für den Produktionsmangel nicht ursächlich war, hat sich die Situation jetzt grundsätzlich verändert. Auch Ausländer sind als Faktor der effektiven Nachfrage ein Segen für die Wirtschaft, wenn sie hier leben und kon-

sumieren. Dennoch: Ich bin sicher, der Satz "Ausländer nehmen unsere Arbeitsplätze weg!" wird in breiteren Kreisen Zustimmung finden und vor allem den Gewerkschaften das Leben nicht leicht machen. Daher müssen wir die Diskussion über dieses Problem ohne Zeitverzug intensivieren. Appelle reichen nicht aus.

Da gibt's noch was. Wenn einige DirektorInnen sich die Sache leicht machen wollen und sich gegen Argumente verschließen, erwarte ich von der Regierung, daß sie sich an einen Grundsatz des Völker-rechts erinnert: Pacta ser-

> Dr. TANJU TÜGEL Hochschule für Ökonomie

1. Arbeitstreffen des Linken Jugendringes

Ohne Berührungsängste

vergangenen Wochenende fand das erste Arbeitstreffen des LINKEN JUGENDRINGES im Berliner Haus der Jugend statt. Wir unterhielten uns mit Arne Pogundke (30 Jahre) von der marxistischen Jugendvereinigung "Junge Linke". Wer war am 7. und 8. Juli dabei, worum ging es?

Beteiligt waren Vertreter des Unabhängigen Sozialistischen Jugendverbandes "Rosa Luxemburg", der Revolutionäre Autonome Jugendverband, die AG Junge GenossInnen in der PDS. die FDJ und wir von der Marxistischen Jugendvereinigung. Ziele waren eine intensivere Zusammenarbeit, sowohl inhaltlich als auch bei Aktionen sowie die Abstimmung linker Jugendpolitik zwischen Jugendverbänden und den linken Parteien. Wir verständigten uns über die Lage der linken Jugend im nunmehr kapitalistischen Gesamtdeutschland, debattierten dann in Arbeitsgruppen unter anderem über Jugendrechte und -gesetze, Hoch- und Fachschulpolitik und Bündnismöglichkeiten. Wie hat sich der LINKE JU-

GENDRING entwickelt?

Dieses Aktionsbündnis - zunächst nur im Berliner Raum -

11 Prozent der DDR-Bürger sind

gegen die Beibehaltung des DDR-

Gesetzes über den Schwanger-

schaftsabbruch von 1972, das der

Schwangeren in den ersten drei

Monaten eine freie Entscheidung

über die Fortsetzung oder den

Abbruch der Schwangerschaft er-

Prozent äußern keine Meinung.

Dies ergab eine DDR-repräsenta-

tive Umfrage des Zentralinstituts

für Jugendforschung Leipzig, 77

Prozent sind eindeutig für die

Beibehaltung der bisherigen Re-

gelung und gegen die Übernahme

Die Mehrheit der jungen und

der alten DDR-Bürger, der ledi-

gen und der verheirateten, der

religiösen und der Atheisten, der

politisch Konservativen und der

Stadt- und der Landbevölkerung

spricht sich für die Erhaltung

Konservativen,

möglicht (Fristenregelung)

Votum für Fristenregelung

gibt es seit etwa drei Monaten. Die fünf genannten Jugendvereinigungen behalten ihre organisatorische Selbständigkeit und damit auch ihre eigene Identität. Gemeinsam sind wir etwa 30 000 organisierte Jugendliche. Die Zusammenarbeit wurde zuletzt immer besser. Leider will der Sozialistische Studentenbund nicht

Diese Konferenz, Demos, auch Feten und manches mehr verstärken den Eindruck, daß linke Jugendorganisationen weniger (keine) Berührungsängste haben als

mehr mitmachen.

Volle Zustimmung! Jugendliche sind da eben viel unkonventioneller, zudem weniger vorbelastet und haben kaum machtpolitische Überlegungen im Hinter-

Wie soll es weitergehen?

Im Herbst beabsichtigen wir die erste große linke Jugendkonferenz. Auch dort – wie schon am Wochenende – soll es nicht um "verbindliche Beschlüsse" gesondern um Meinungsstreit über linke Politik, um eine freiwillige Gemeinsamkeit.

Interview: Dr. TOMAS KITTAN

dieses Rechts der Frau aus. Da-

Alte Schilder – museumsreif...

vermissen.



... oder werden sie von einer gesamtdeutschen Armee übernommen?

Foto: ADN/Weisflog

Meinungen von Teilnehmern der Konferenz in Berlin

Prof. RANDOLF LOCHMANN Freie Universität Westberlin, AL Für demokratischen Sozialismus habe er sich Zeit seines Lebens eingesetzt, sagte der Wissen-schaftler gegenüber ND. Immer fühlte er sich linken unabhängigen Bewegungen zugehörig, seit er 1951 aus der DDR weggegangen sei, war er Gründungsmitglied der Alternativen Liste (AL) und der Grünen Partei in Westberlin. Bisher mit wenig Kontakt zur PDS, interessierte ihn das Konferenzthema ganz besonders. Wie André Brie im Referat meine auch er, daß das vollständige Scheitern des Realsozialismus und der scheinbare Triumph der modernen kapitalistischen Gesellschaft kein Anlaß sein dürfen, im Kapitalismus das letzte Wort der Geschichte zu sehen. So, wie er heute ist und wie er sich noch entwickeln könnte, sei der Kapitalismus nicht in der Lage, die grundlegenden Probleme in der Welt zu lösen.

Der Biochemiker verwies auf Umweltproblematik, Fragen der Entmilitarisierung, auf die Gentechnologie. Gerade dieser Wissenschaftszweig sei heute schon unter kapitalistischen Konkurrenzdruck geraten. Alles sei machbar, und Schutz vor den negativen Folgen gäbe es letztendlich nicht. Seine Erkenntnis: All das kann nur in einer Gesellschaft gelöst werden, die - möglichst weltweit - nichtkapitalistisch ist Daß man mit einer Partei wie der PDS, die dieses Ziel verfolgt, eng zusammenarbeitet, dafür wolle er sich in der AL, solange sie existiert, einsetzen.

THOMAS KLEIN,

Vereinigte Linke Thomas Klein ist nicht irgendein Linker, er gilt als der Vereinigte bekanntgeworden durch den Zentralen Runden Tisch und nunmehr einziger Volkskammerabgeordneter dieses Aktionsbündnisses. Im Beitrag von Andre Brie auf der Konferenz sieht er überdurchschnittlichen Lichtblick angesichts des Erneuerungsprozesses in der PDS. Er hofft, daß gerade Brie ihn befördert. meldet Thomas Allerdings

Klein hier und da auch Wider-spruch an. "Bries Behauptung, die Arbeiterklasse sei mit und durch den Faschismus von der politischen Bühne abgetreten, trage ich nicht mit", erklärt er mit Nachdruck. Etwas enttäuscht zeigte sich Klein von der Diskussion, die ihm erneut belege, wie schwer die PDS noch immer an ihrer Vergangenheit schleppe.
Die PDS ist für ihn eine "Par-

tei mit linkssozialistischem Profil ohne Konzept und Programm". Primär müsse sich die PDS zu einer grundsätzlichen Fehlerdiskussion der SED-Zeit, aber auch der Modrow-Regierungs-Phase durchringen. "Ubrigens ist mir der Begriff Erneuerung äußerst suspekt. Es geht doch um eine neue Partei."

"Zuletzt habe ich häufig an Veranstaltungen der PDS teilgenommen. Mir fehlt schlicht und einfach, daß man sich in ihr zur Einsicht durchringt, die SED ist eine antikommunistische Partei gewesen", so sein wesentlichstes Fazit. Daher sei er mehr skeptisch als hoffnungsvoll. Dennoch sieht er das größte Potential der wirklich Linken in der DDR in der PDS, wobei diese dort noch in der Minderheit seien.

Der demokratische Sozialismus ist für die VL kein zentraler Begriff. Zudem sei er durch die SED negativ vorbelastet: "Für mich gibt es nach wie vor keine Entfaltung der Demokratie außerhalb des Sozialismus.

Notiert von BRIGITTE BOECK und Dr. TOMAS KITTAN

ERMINE

Dienstag, 10. Juli

des BRD-§ 218.

weniger

Berlin: 18 Uhr im Haus am Köllnischen Park 6/7 Vortrag und Podiumsgespräch "Soziale und ökonomische Auswirkungen des Staatsvertrages" Mittwoch, 11. Juli

Erfurt: 18 Uhr öffentliche Sitzung

des PDS-Stadtvorstandes in der Eislebener Straße 1 Donnerstag, 12. Juli Staßfurt: 19 Uhr Diskussion über Steuerrecht unter marktwirt-

Bedingungen, schaftlichen Haus der PDS Woltersdorf: 19 Uhr Treffen der Arbeiterwohlfahrt des Kreises

Dessau: 19.30 Uhr Forum zum Arbeitsförderungsgesetz und zum veränderten Arbeitsgesetzbuch; im PDS-Kreisvorstand Klötze: 19.30 Uhr Diskussion zum

Thema "Das Individuum im Prozeß der Rekapitalisierung" im Haus der PDS

Montag, 16. Juli

Luckenwalde

Dessau: 18 Uhr lädt die Arbeitsgruppe Gesundheits- und Sozialwesen des PDS-Kreisvorstandes ein zu Gesprächen über das neue Renten- und Sozialhilfegesetz, Mütter- und Kinderschutz, Vorschulbetreuung und Frauenhäuser; u. a. mit dem Volkskammerabgeordneten Christian Scholz Jeden Donnerstag

Rostock: 19 bis 22 Uhr Telefon des Vertrauens für Homosexuunter den Rufnummern 23591 (für Frauen) und 22978 (für Männer)

bei besteht im Urteil der Frauen und der Männer Übereinstimmung. Insbesondere ältere Bürger warnen vor einem Rückfall in die Zeit vor 1972, da das Verbot Abbruchs viele Partner in schreckliche Situationen brachte und ein illegaler Abort, unsachgemäß vorgenommen, oft zu schweren gesundheitlichen Schaden führte. Sie verweisen zugleich darauf, daß die gültige gesetzliche Regelung niemanden zwingt, einen Abbruch vorzunenmen, und sich insofern in niemandes Rechte einmischt, während andererseits ein Verbot oder die Übertragung der Entscheidung an eine Kommission immer Fremdbestimmtheit und schränkung der eigenen Freiheit bedeute.

"Prof. Dr. KURT STARKE

Zentralinstitut für Jugendforschung

Nach der Konferenz zum sicherheitspolitischen Konzept der PDS in Potsdam befragt: Prof. Dr. Wolfgang Scheler

Wie stehen wir zur NVA in Bundeswehr und NATO, zur Abschaffung der Wehrpflicht?

Genosse Scheler, auf einer PDS-Konferenz am Wochenende wurde das sicherheitspolitische Konzept der PDS beraten. Als Vorsitzender des Arbeitskreises Sicherheits-Verteidigungspolitik beim Parteivorstand warst du maßgeblich an der Vorbereitung beteiligt.

Was war das Ziel?

Wir wollten Vorstellungen des Arbeitskreises zum sicherheitspolitischen Konzept nun einem breiten Kreis der Öffentlichkeit, der Partei vorstellen und die Gelegenheit nutzen, es mit Arbeitsgemeinschaften, Basis- und Initiativgruppen, die sich mit diesem Thema beschäftigen, zu diskutieren. Außenpolitische Aspekte des Vereinigungsprozesses sind nunmehr stärker ins allgemeine Interesse gerückt. Deshalb ist es höchste Zeit, die Position der Partei darzulegen, um daraus Grundsätze abzuleiten und im parlamentarischen Rahmen von der Regierung fordern zu können, was in den zweiten Staatsvertrag auf sicherheitspolitischem Gebiet hin-

Was siehst du nun als wichtigstes Ergebnis der Konferenz?

eingehört.

Es gab kritischen Meinungsstreit, der unsere Vorstellungen bereichert hat, verschiedene Sichten, auch Unausgereiftes. verschiedene Manches konnte nicht geklärt, aber Mißverständnisse abgebaut

Klaus Lemke aus Brandenburg

hat kritisch angemerkt, daß die PDS in der Sicherheitspolitik im Beschreiben der Probleme bisher besser war als im Anbieten von Lösungen. Maß sei aber, wie man ans Denken der betroffenen Leute

anknüpft, sie einbezieht... Die Diskussion entzündet sich meist an Einzelaussagen zur Abrüstung und Entmilitarisierung. Unverständnis gibt es bei unseren Mitgliedern, unter den Berufssoldaten, weil sie ihre Interessen ungenügend berücksichtigt Insofern hat Genosse Lemke sicher recht, weil er als Truppenkommandeur ein gutes Gefühl entwickelt für die Sorgen

der Menschen. Du giltst als Querdenker. Ist deine auf Widerspruch gestoßene Posi-

tion zur NATO quergedacht? Quer oder nicht. Jedenfalls meine ich, daß das vereinigte Deutschland, unabhängig vom politischen Willen der PDS, in dieser oder jener Form der NATO angehören, es deutsche Streitkräfte unter dem Besehl der deutschen Regierung geben wird. Das zu sehen, fordert der politische Realismus. Dem sollten wir uns stellen. Schlußfolgerung: Unter bestimmten Voraussetzungen kann man mit der NATO leben. Anstatt eine politisch aussichtslose Option zu verfechten, sollten wir uns lieber auf das Machbare einrichten. Jochen Willerding und andere

widersprachen dir, kurz gefaßt, insofern: Beide Seiten müßten darüber nachdenken, wie die Blockstrukturen überwunden werden können. Wenn das nicht signalisiert wird, wie auf der NATO-Konferenz in London, dann müsse es Zweifel geben an der Ernsthaftigkeit ihrer Erklärungen. Die Einzelvorschläge, beispielsweise zur Abrüstung, sind zu befürworten. Aber wozu braucht die NATO beispielsweise Abschreckung? Die NATO wird also in der Substanz nicht verändert, sondern angepaßt, modifiziert. Deshalb stellt sich die Frage, ob eine linke Partei Entscheidungen zustimmen kann, die die Entwicklungsrichtung nicht umkehren, sondern noch verstärken? Ich sehe das zunächst einmal

als Verständigungsschwierigkeit. Wir selbst müssen vollständig aus dem Blockdenken heraus. Es zu überwinden heißt, einen neuen Ansatzpunkt zu finden, nämlich sich im Denken über die Blöcke erheben. Und daß man dann feststelli, wie man aus der Blockrealität herauskommt. Was ich nicht sehe, das ist, welches andere Konzept es für die nächsten Schritte geben kann mit der Zielsetzung, zu europäischen Sicherheitsstrukturen aufzusteigen. Meine Position ist nicht, daß die DDR in die NATO muß, sondern es geht darum, uns auf den Boden der Realität zu stellen, Zeichen zu setzen und um Modalitäten zu kämpfen, die unseren Zielen nahekommen, also die Blöcke aufzulösen beispielsweise. Eine linke Politik muß die realen Prozesse analysieren, darin die progressiven Tendenzen erfassen und befördern.

Der Parteivorstand wird in Kürze ein entsprechendes Material über die Konferenz veröffentlichen. Da kann man dann selbst die verschiedenen Standpunkte beurteilen, sich auch über das Gesamtkonzept informieren. Zu ihm gehört, daß die PDS nach Sicherheitsstrukturen strebt, die ohne Soldaten auskommt.

Da kommen wir an einen wunden Punkt: die sozialen Konsequenzen. Aus der Sorge um die persönliche berufliche Existenz wachsen die meisten Vorbehalte der Berufssoldaten, ihrer Familien und all derer, die für militärische Zwecke arbeiten. Das sind in Deutschland Millionen Menschen. Jede Forderung nach drastischer Abrüstung, so auch die unserer Partei nach einer Halbierung der heutigen Streitkräftestärke in Deutschland, stößt auf diesen Widerstand. Eine Partei, die sich für die Belange der Menschen einsetzt, kann aber über das Schicksal der betroffenen Menschen nicht hinweggehen.

Für die DDR haben wir deshalb in unserem Konzept formuliert, daß die Lösung der sozialen Belange den entscheidenden Ausgangspunkt jeglicher Abrüstungsund Konversionskonzepte bilden muß. Sie können nur in einem gut geplanten, sozial verträglichen gesamtgesellschaftlichen Prozeß verwirklicht werden, also auch in

längerfristigen Zeiträumen. Wir sollten mit allem Nachdruck für die Sorgepflicht des Staates für die Soldaten, die ihm dienen, eintreten. Und dafür kämpfen, daß zu den 142 000 Arbeitslosen nicht noch 50 000 arbeitslose Be-rufssoldaten und Zivilbeschäftigte kommen. Hier bedarf es einer vernünftigen staatlichen Gesamtkonzeption. Nichts kann den Abrüstungsprozeß mehr aufhalten als sozial ins Abseits gestellte Soldaten, Arbeiter und Ange-

Wir können natürlich auch nicht damit einverstanden sein, daß für den Beitrag, den Deutschland im Zusammenhang mit Wien 1 und der Vereinigung im Abrüstungsprozeß leisten muß, die NVA die Abrüstungsmasse darstellen soll. Mehrsach wurde im Verlauf der Konferenz deutlich, daß sich eine Reihe von Offizieren der NVA bereits als Fast-Angehörige der Bundeswehr und damit der NATO wähnen.

Gregor Gysi hat darüber ausführlich gesprochen. Zusammengefaßt: Nach dem Angriff auf die Partei sind nun die Verwaltung.

die Grenztruppen dran. Dahinter steckt ein Szenarium: alles Schritt für Schritt, jeden zu seiner Zeit.

Es sind Illusionen, daß sich das Offizierskorps in der Bundeswehr und damit in der NATO wiederfindet, auch wenn mancher noch schnell in die CDU eingetreten ist. Was die NATO wirklich interessiert, ist, wie viele Kundschafter sich noch in ihren Reihen befinden. Im Moment braucht man die NVA noch, schon zur Sicherung der Waffen, der Technik, und deshalb, weil noch keine Klarheit mit der Sowjetunion erzielt worden ist.

Stichwort Abschaffung der Wehrpflicht, Es gibt viele Irritationen darüber.

Die Abschaffung der Wehrpflicht, so glaube ich, ist gegenwärtig nicht politikfähig, wird aber objektiv auf der Tagesordnung bleiben, und zwar gerade dann aktuell werden, wenn man eine gewisse Schwelle der Abrüstung überschreitet. Unser Vorschlag war aus der Option heraus begründet, daß es sich um einen raschen Abrüstungsprozeß handeln würde, nicht um einen längeren Zeitraum, in dem sich Streitkräfte weiter reproduzieren. Und in einer Situation, in der es darum ging, über diesen Weg die Berufssoldaten sozial abzusichern. Das haben wir nicht genügend klar gesagt.

Interview: RAINER FUNKE